

DLR3

Wahl Delegierte Länderrat

Initiator*innen: Melsa Yildirim

Titel: Melsa Yildirim

Bewerbung [PDF]

Bewerbung für den Länderrat

Die politische Lage spitzt sich immer weiter zu: Autoritäre Systeme erstarken weltweit, die Demokratie gerät unter Druck – und auch in Deutschland zeigt sich diese Entwicklung in einer immer repressiveren Migrationspolitik. Während Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten Schutz suchen, reagiert die Politik zunehmend mit Abschottung, Abschiebung und Abkommen mit Staaten, in denen grundlegende Menschenrechte mit Füßen getreten werden.

Ein besonders erschreckendes Beispiel dafür ist das Rückübernahmeabkommen, das Deutschland Ende 2023 mit der Türkei geschlossen hat. Ein Abkommen, das nicht nur das Prinzip sicherer Drittstaaten ad absurdum führt – sondern konkret Leben gefährdet. Denn: Die Türkei ist kein sicherer Staat, insbesondere nicht für kurdische Menschen. Seit Jahren werden Kurd*innen dort systematisch unterdrückt: politische Aktivist*innen inhaftiert, Journalist*innen verfolgt, kurdische Sprache und Kultur kriminalisiert. Wer in Deutschland Schutz sucht und kurdisch ist, lebt mit der ständigen Angst, in ein Land abgeschoben zu werden, das seine Existenz ablehnt und seine Rechte nicht anerkennt.

Mit dem neuen Abkommen werden genau diese Menschen, die wie ich den selben Hintergrund haben, nun vermehrt zur Abschiebung freigegeben. Deutschland kooperiert dabei mit einem Regime, das Opposition und Minderheiten unterdrückt – und nimmt billigend in Kauf, dass Betroffene massiver Repression ausgesetzt werden. Es ist ein moralisches Versagen, das sich als pragmatische Politik tarnt.

Diese Praxis ist kein Einzelfall, sondern Ausdruck einer grundlegend entmenschlichenden Migrationspolitik, wie sie sich bereits unter der letzten Bundesregierung abzeichnete – und sich mit der neuen Koalition noch weiter verschärfen wird. Schutz wird zur Ausnahme, Abschreckung zur Regel. Die Rechte von Migrantiserten und Geflüchteten stehen nicht im Zentrum, sondern werden politischen Machtspielen geopfert.

Gerade jetzt braucht es eine klare Haltung: **Gegen rassistische Diskurse, gegen menschenrechtswidrige Abschiebungen und gegen Abkommen, die Leben gefährden. Eine gerechte Migrationspolitik darf nicht mit autoritären Regimen verhandelt werden – sie muss sich an Solidarität, Schutz und Menschenwürde orientieren.**

AfD-Verbot Jetzt!

Während die Bundesregierung Schutzsuchende entrechtet, verschiebt sich auch im Inneren die politische Achse gefährlich weit nach rechts. Was lange Zeit als undenkbar galt, ist heute Teil öffentlicher Debatten: Eine schwarz-blaue Regierung scheint für Teile der CDU keine rote Linie mehr zu sein.

Politiker*innen äußern sich offen über mögliche Zusammenarbeit mit der AfD – oder treiben eine inhaltliche Annäherung voran, indem sie migrationspolitische Vorschläge der Rechtsextremen übernehmen und rhetorisch zuspitzen.

Es ist die Normalisierung rechter Narrative, die besonders gefährlich ist. Wenn die Union zur Kopie der AfD wird – wenn sie deren Sprache, deren Feindbilder und deren Konzepte übernimmt. Was bleibt, ist eine Aushöhlung demokratischer Grundwerte zugunsten einer Politik der Angst, der Ausgrenzung und der autoritären Kontrolle.

Inzwischen steht die AfD an der Spitze der bundesweiten Umfragen – zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg liegt damit eine rechtsextreme Partei in Deutschland vorn. Seit letzter Woche hat das Bundesamt für Verfassungsschutz sie endlich als gesichert rechtsextrem eingestuft. Eine Überraschung? Keineswegs. Diese Tatsache war längst offensichtlich – und sie verlangt nun endlich die notwendigen Konsequenzen.

Dies ist ein Appell an alle demokratischen Abgeordneten: **Wer die Demokratie schützen will, darf nicht zulassen, dass ihre Feinde sie von innen heraus zerstören.**

Die Angst vieler Menschen ist real: die Angst vor einer Zukunft, in der rechte Mehrheiten dieses Land regieren könnten. Und diese Angst ist berechtigt – denn sie speist sich längst nicht mehr aus theoretischen Szenarien, sondern aus realen Entwicklungen innerhalb von Parteien, die eigentlich demokratische Verantwortung tragen sollten.

Gerade in den Bereichen Migrationspolitik, Menschenrechte und außenpolitische Verantwortung möchte ich die Grüne Jugend stärken. Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Demokratie zu verteidigen – hier wie international. **Staaten wie die Türkei, Belarus oder Russland zeigen auf erschreckende Weise, wie autoritäre Regime demokratische Strukturen systematisch aushöhlen.** Die Proteste dort sind mehr als lokale Auflehnungen – sie sind auch Kämpfe für unsere gemeinsamen Werte. Wenn Demokratien fallen, bleibt das nicht folgenlos – weder für die Menschen vor Ort noch für uns.

Deshalb möchte ich die Grüne Jugend NRW auf dem Länderrat vertreten, um unsere Positionen noch weiter zu stärken. Ich würde mich sehr über euer Vertrauen freuen.

Eure Melsa



Melsa Yildirim
Beisitzerin Landesvorstand Grüne Jugend NRW

Kontakt:
Mail: Melsa.Yildirim@gj-nrw.de
Insta: [melsa.yil](https://www.instagram.com/melsa.yil)